



SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

Seeheimer Strategiepapier – März 2026

GRÜNDERNATION DEUTSCHLAND: GRUNDSTEIN FÜR INNOVATION, WACHSTUM UND DIE ARBEITSPLÄTZE VON MORGEN





SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER

GRÜNDERNATION DEUTSCHLAND: GRUNDSTEIN FÜR INNOVATION, WACHSTUM UND DIE ARBEITSPLÄTZE VON MORGEN

Kurzfassung:

Deutschland ist eine starke Start-up-Nation. Die Gründungszahlen sind hoch, die Frühphase wird gut finanziert, Forschung und Ausgründungen aus den Universitäten bringen kontinuierlich neue Unternehmen hervor. Der Start-up-Sektor ist ein realer Wachstumstreiber: Er hat das Potenzial, für Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze und steigende Produktivität in der gesamten Volkswirtschaft zu sorgen. Wir als Seeheimer Kreis sehen darin eine riesige Chance – aber wir sehen auch die Herausforderungen, die wir dafür angehen müssen.

Das zentrale Defizit liegt in der Skalierung. Scale-ups finden bei uns in der Wachstumsphase weder genügend Aufträge noch genug Kapital; sie sind zu oft gezwungen abzuwandern. Deutschland verliert ausgerechnet die stärksten jungen Unternehmen in der entscheidenden Phase ihrer Expansion.

Das muss sich ändern. Deutschland ist bereits Start-up-Nation. Jetzt müssen wir auch zur Scale-up-Nation werden.

Start-ups: Der Überbegriff für junge, innovative Unternehmen, die primär auf die Entwicklung und Validierung ihres Geschäftsmodells fokussiert sind:

<5 Jahre alt

<50 Mitarbeitende

<EUR 10 Mio. Umsatz

Scale-ups: Laut OECD Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeitenden, die ein durchschnittliches Wachstum >20 % bei Mitarbeitenden oder Umsatz verzeichnen. Üblicherweise sind besonders erfolgreiche Start-ups gemeint, die bereits skalieren:

>EUR 10 Mio. Umsatz

mind. EUR 10-20 Mio. Funding

„Deutschland ist bereits Start-up-Nation. Jetzt müssen wir auch zur Scale-up-Nation werden.“





Unsere Kernforderungen:

- » **Institutionelles Kapital aus Versicherungen und Pensionskassen muss leichter in VCs und IPOs fließen.** Dazu müssen wir auch die regulatorischen Rahmenbedingungen verbessern.
- » **Ein neuer „Bundesfonds Altersvorsorge“ soll gezielt in deutsche und europäische Wachstumsunternehmen investieren.** Ein solcher Fonds soll als Wahlprodukt für die betriebliche und private Altersvorsorge geschaffen werden. Im weiteren Verlauf soll er auch als Vehikel für eine teilweise kapitalgedeckte Finanzierung der gesetzlichen Rente dienen und so ausgestaltet sein, dass er für breite Teile der Bevölkerung investierbar ist. Er soll 5 % seiner Mittel in VCs, Funds-of-Funds und europäischen IPOs anlegen.
- » **Die Bundesregierung soll jährlich einen „Scale in Germany Summit“ auf höchster Ebene ausrichten, der Start-ups, Scale-ups und Investoren zusammenbringt.**
- » **Durch die Verbreitung der Künstlichen Intelligenz steht unsere Gesellschaft vor gewaltigen Umbrüchen.** Die Bundesregierung soll deshalb einen **Nationalen KI-Rat** einrichten. Dieser soll die Folgen der KI für Volkswirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft einschätzen und eine langfristige KI-Strategie für Deutschland entwickeln.
- » **Es muss ein europäischer NASDAQ entstehen, der als einheitliches Börsensegment für innovative Wachstumsunternehmen fungiert und über harmonisierte Zulassungs- und Transparenzregeln verfügt.**
- » **Der Staat muss seine Aufträge gezielt für Innovation und Wachstum einsetzen, indem die öffentliche Beschaffung konsequent innovations- und lösungsorientiert ausgerichtet wird und nicht allein dem niedrigsten Preis folgt.**
- » **Öffentliche Investitionen in Verkehrs-, Digital- und Energieinfrastruktur deutlich erhöhen.** Wer Chip-Produktion, BioTech und industrielle KI in Deutschland aufbauen will, muss Energienetze und Recheninfrastruktur als Innovationspolitik begreifen und massiv ausbauen.
- » **Die Energiepreise müssen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken.** Dafür braucht es einen schnellen und massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, leistungsfähige, intelligente Netze und Speicher.
- » **Start-up-Teams müssen sich auf eine starke soziale Infrastruktur verlassen können.** Wir brauchen hunderttausende zusätzliche Kita-Plätze und längere und flexiblere Öffnungszeiten.





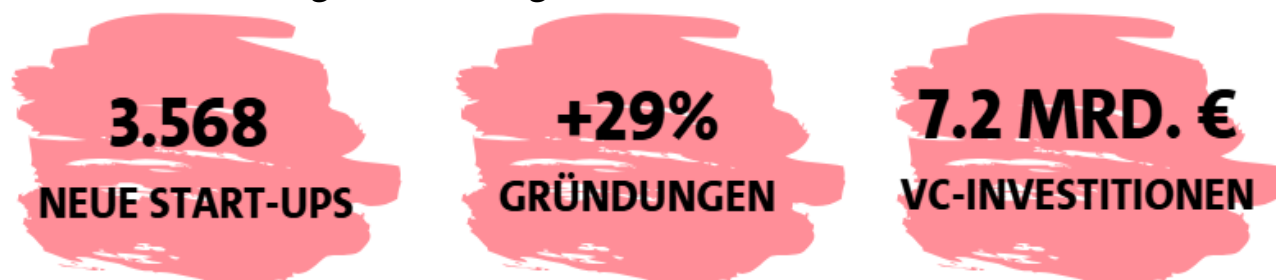
I. Gründungsdynamik

Deutschland verfügt heute über ein belastbares und leistungsfähiges Innovations- und Gründungsökosystem. Die Kombination aus wissenschaftlicher Exzellenz, starken industriellen Strukturen, einer dichten Forschungslandschaft und gezielten wirtschaftspolitischen Impulsen hat in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren Beschleunigung der Gründungsdynamik geführt. Diese Entwicklung kulminierte 2025 in einem Rekordjahr: Mit 3.568 neu gegründeten Start-ups verzeichnete Deutschland einen Zuwachs von rund 29 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch das Volumen an Venture-Capital-Investitionen stabilisierte sich und stieg auf rund 7,2 Mrd. Euro.

„Deutschland hat kein Gründungsproblem. Die Frühphase funktioniert.“

Diese Zahlen sind Ausdruck einer gezielten politischen Kurssetzung. Mit steuerlichen Investitionsanreizen, dem bei KfW Capital angesiedelten Zukunftsfonds, der WIN-Initiative und dem Deutschlandfonds wurden Instrumente geschaffen, die öffentliches Kapital strategisch einsetzen, um private Investitionen in Schlüsseltechnologien, digitale Infrastruktur und innovative Unternehmen zu hebeln. Auch auf europäischer Ebene wurden Finanzierungslücken adressiert – etwa durch ein 1,6 Milliarden Euro Programm zur Stärkung technologieorientierter Start-ups sowie zum besseren Zugang zu Venture-Capital für Scale-ups. Darüber hinaus haben der Draghi-Report, der Letta-Report und die deutsch-französische FIVE Task Force („Financing Innovative Ventures in Europe“) wichtige Vorschläge zur Integration des europäischen Kapitalmarkts, der Verbesserung des Ökosystems für Gründungen und der Finanzierung von Scale-ups vorgelegt.

Deutsche Gründungsentwicklung im Jahr 2025:



Quelle: Start-Up-Verband

Für uns als Seeheimer Kreis ist daher klar: Deutschland hat kein Gründungsproblem. Die Frühphase funktioniert. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Innovationszentren brin-



gen kontinuierlich neue Unternehmen hervor – insbesondere in Software, Künstlicher Intelligenz, Climate Tech und industriellen Schlüsseltechnologien wie etwa DeepTech, HealthTech und DefenseTech.

Die gute Gründungsdynamik zeigt darüber hinaus etwas ganz Grundsätzliches: dass überall in Deutschland Menschen an Fortschritt, Wachstum und an eine gute Zukunft für unser Land glauben. Wir Seeheimer wollen daran arbeiten, dass Deutschland beim Gründen und Skalieren in der Champions League mitspielt. Wir rufen alle Gründerinnen und Gründer, Wissenschaftler, Team-Mitglieder und Investoren auf, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

„Wir fordern die Einrichtung eines Nationalen KI-Rates.“

Damit die alte Stärke der deutschen Volkswirtschaft – industrielle Tiefe, Mittelstand, Ingenieurskunst – in einer von DeepTech und AI geprägten Zukunft weiterbesteht, brauchen wir eine echte Transformationsstrategie. Deutschland muss seine bestehende industrielle Basis mit neuen Technologien, Kapital und gezielter staatlicher Nachfrage verbinden. In diesem Prozess dürfen wir Start-ups nicht als Nische begreifen. Vielmehr sind sie Möglichmacher für Wachstum, gute neue Arbeitsplätze und die erfolgreiche Transformation bestehender Unternehmen.

Die erfolgreiche Anwendung künstlicher Intelligenz entscheidet über unsere Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und unsere Arbeitsplätze von morgen. Als exportorientierte Industrienation kann Deutschland seine Stärke nur aufrechterhalten, wenn wir künstliche Intelligenz tiefgreifend und selbstverständlich in alle industriellen Prozesse integrieren. Gleichzeitig geht es darum, Transparenz und demokratische Kontrolle in einer digitalen Welt zu erhalten und nicht allein von Technologien aus den USA und China abhängig zu sein. Künstliche Intelligenz ist somit nicht nur eine technologische Frage, sondern auch eine strategische Weichenstellung für Wohlstand, Innovation und Sicherheit. Deutschland braucht hierfür eine langfristige Strategie. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines hochkarätigen Nationalen KI-Rates:

- » Die Bundesregierung soll einen Nationalen KI-Rat einrichten. Dieser soll die Folgen der KI für Volkswirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft einschätzen und eine langfristige KI-Strategie für Deutschland entwickeln.





II. Wachstumskapital massiv ausbauen

Die zentrale Schwäche des deutschen Start-up-Standorts liegt im Übergang zu global wettbewerbsfähigen Unternehmen. Insbesondere ab der Series-B-Phase fehlt es an großvolumigem Wachstumskapital aus Deutschland oder Europa. In der Folge werden relevante Finanzierungsrunden häufig fast ausschließlich von ausländischen Investoren getragen – die deutschen Scale-ups befinden sich deshalb zu rund 80 Prozent in ausländischer Hand. Auch viele Börsengänge erfolgen im Ausland. Dadurch sind dem Finanzplatz Deutschland in den vergangenen Jahren schätzungsweise 400 Mrd. Euro an potenzieller Marktkapitalisierung entgangen.

„Insbesondere ab der Series-B-Phase fehlt es an großvolumigem Wachstumskapital aus Deutschland oder Europa.“

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die bislang geringe Rolle institutionellen Kapitals im deutschen Venture-Capital- und Growth-Equity-Markt. Versicherungen, Pensionskassen und große Vermögensverwalter investieren zwar international, sind im europäischen Tech-Sektor jedoch unterrepräsentiert. Regulatorische Vorgaben, Risikoabwägungen und fehlende skalierte Fondsstrukturen führen dazu, dass enormes Kapitalpotenzial nicht wirksam wird.

Gleichzeitig ist die klassische Bankenfinanzierung für wachstumsstarke Technologieunternehmen häufig keine Alternative. Mit dem Gesetzespaket aus Standortfördergesetz, BRUBEG und dem anstehenden Fondsrisikobegrenzungs-gesetz ist die Regierungskoalition erste Schritte gegangen, die regulatorische Situation vor allem für institutionelles Kapital und Banken substanziell zu verbessern.

„Unser Ziel ist ein Wachstum der WIN-Initiative auf 25 Milliarden Euro bis 2030.“

Wir als Seeheimer Kreis wollen hier noch einen großen Schritt weitergehen. Für uns gilt: Wachstumskapital ist eine strategische Frage der Finanz- und Industriepolitik. Die bereits angestoßenen Instrumente – WIN-Initiative, Deutschlandfonds und EIF-Programme (vor allem die European Tech Champions Initiative und das EIF German Equity) – bilden eine tragfähige Grundlage. Entscheidend ist nun, diese Instrumente konsequent auf die spätere Wachstumsphase auszurichten und ihre Hebelwirkung zu stärken.



Deshalb fordern wir:

- » Die Bundesregierung soll jährlich einen „Scale in Germany Summit“ auf höchster Ebene ausrichten, der Start-ups, Scale-ups und Investoren zusammenbringt. Damit soll größtmögliche öffentliche Aufmerksamkeit für die Branche und das deutsche Start-up-Ökosystem geschaffen werden.
- » Co-Investitions- und Funds-of-Funds-Strukturen müssen stärker auf große Ticketgrößen und Series-B-plus-Finanzierungen fokussiert werden.
- » Regulatorische Rahmenbedingungen sollten so verbessert werden, dass Versicherungen, Pensionskassen und andere institutionelle Investoren Venture- und Growth-Investments leichter in ihre Portfolios integrieren können, ohne neue bürokratische Hürden zu schaffen.
- » Für Privatanleger brauchen wir mehr Beteiligung an Wachstumsunternehmen, so etwa durch die Schaffung von Privatanlegertranchen in gut diversifizierten Funds-of-Funds.
- » Bei Umsetzung dieser Forderungen halten wir es für realistisch, dass die WIN-Initiative bis 2030 auf 25 Milliarden Euro wächst und sich zu einer verlässlichen, langfristigen Investitionsarchitektur weiterentwickelt, die institutionelles Kapital strukturell einbindet.

Deutsche und europäische Initiativen



Quellen: EIB, EIF, Bundesfinanzministerium, Economie.gouv.fr

III. Mehr IPOs an einem gemeinsamen europäischen Kapitalmarkt

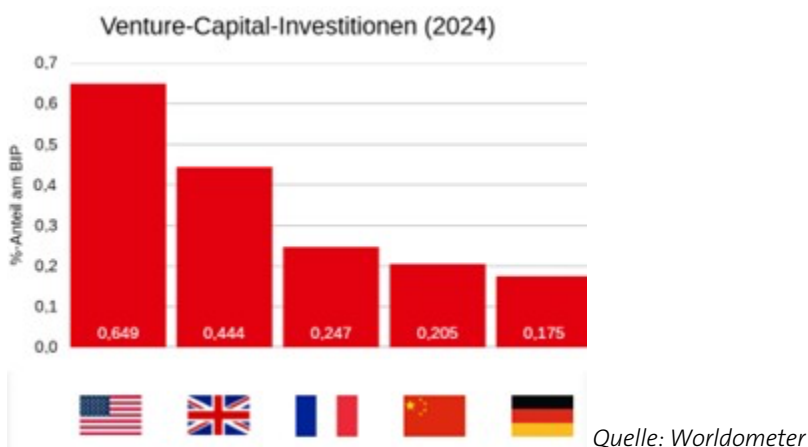
Gleichzeitig bleibt der Kapitalmarkt ein struktureller Schwachpunkt. Dass erfolgreiche deutsche Technologieunternehmen ihre Börsengänge überwiegend im Ausland realisieren, ist Ausdruck fehlender Liquidität und Investorenbasis im Inland. Ohne attraktive Exit-Perspektiven verliert der Standort an Attraktivität für Gründer und Investoren gleichermaßen.





„Wir fordern die Schaffung eines europäischen NASDAQ als einheitliches Börsensegment für innovative Wachstumsunternehmen aus Europa.“

Der Seeheimer Kreis begrüßt deshalb ausdrücklich, dass die Bundesregierung die betriebliche und private Altersvorsorge reformiert und dadurch eine stärkere Beteiligung am Kapitalmarkt ermöglicht. Das ist eine riesige Chance für Deutschland und Europa. Durch diese Reformen werden Milliarden Euro zusätzlich in den Kapitalmarkt fließen – Geld, das dann unter anderem für die Börsengänge erfolgreicher Scale-ups zur Verfügung steht. Allein in Deutschland befinden sich circa zwei Billionen Euro Anlagevermögen in der Altersvorsorge (II. und III. Säule).



Kapitalmarktregeln sollten so weiterentwickelt werden, dass Börsengänge und Wachstumsfinanzierungen in Deutschland und Europa wieder attraktiver werden. In diesem Sinne setzen wir uns für ein konsequentes Voranbringen der europäischen Kapitalmarktunion ein, um privates Kapital besser zu mobilisieren, grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern und europäische Exit-Perspektiven zu stärken. Nur so lassen sich Wertschöpfung, technologische Souveränität und Wachstum dauerhaft in Europa halten.

Zur weiteren Stärkung des Kapitalmarkts fordern wir:

- » Ein „Bundesfonds Altersvorsorge“ soll einen Teil seines Kapitals gezielt in deutsche und europäische Wachstumsunternehmen investieren. Für die reformierte betriebliche und private Altersvorsorge sowie für die Frühstartrente soll ein solcher Fonds eingerichtet werden, der für Beitragszahler, ähnlich Schwedens Fonds in der gesetzlichen Rente, als gutes Standardprodukt mit hohen Renditen und niedrigen Kosten verfügbar ist. Das Management dieses Fonds muss unabhängig und ohne politische Einflussnahme in den Investmentprozess erfolgen. Dadurch wird der Fonds großes Vertrauen in der Bevölkerung genießen und breiten Schichten den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern.



Für die Frühstartrente sollte er automatisch ausgewählt werden, wenn sich die Eltern des Kindes nicht aktiv für ein anderes Produkt entscheiden (default). Der Bundesfonds Altersvorsorge soll auch als Anlageinfrastruktur dienen, um die gesetzliche Rente in Zukunft teilweise kapitalgedeckt zu finanzieren. Er soll so ausgestaltet sein, dass er für breite Teile der Bevölkerung investierbar ist.

Er sollte einen Anteil seines Portfolios, beispielsweise 5 %, gezielt in deutsche und europäische Wachstumsunternehmen investieren – etwa durch Beteiligungen an Venture-Capital-Fonds, Funds-of-Funds und durch Zeichnung von Aktien bei IPOs deutscher und europäischer Unternehmen.

- » Die betriebliche Altersversorgung soll zu einem Opt-out-Modell werden. Jeder Arbeitnehmer soll mit seinem Arbeitsvertrag automatisch eine betriebliche Altersversorgung erhalten, die nur dann nicht greift, wenn er sich aktiv dagegen entscheidet.
- » Die Schaffung eines europäischen NASDAQ als einheitliches Börsensegment für innovative Wachstumsunternehmen aus Europa. Dieser soll über harmonisierte Zulassungs- und Transparenzregeln verfügen und in Zusammenarbeit der europäischen Börsen entstehen.
- » Die rasche Vollendung der Europäischen Spar- und Investitionsunion und insbesondere die Schaffung eines 28. Regimes für ein paneuropäisches Unternehmensrecht. Es soll möglich werden, alle Schritte von Online-Unternehmensgründung bis zum Börsengang in einer einheitlichen EU-Rechtsform zu bestreiten.

IV. Steuerliche Anreize statt Hürden schaffen

Die steuer- und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen entscheiden maßgeblich darüber, ob privates Kapital in risiko- und innovationsintensive Projekte fließt. Der Investitions- und Wachstumsbooster der Bundesregierung setzt wichtige Impulse, aber für Start-ups und Scale-ups greifen diese Instrumente nur begrenzt. Für uns als Seeheimer Kreis ist deshalb klar: Steuerpolitik muss Innovations- und Wachstumsentscheidungen unterstützen, nicht verzerren. Dazu gehört auch eine wettbewerbsfähige Ausgestaltung von Mitarbeiterbeteiligungen. Eigenkapitalbasierte Vergütung ist für Scale-ups ein zentrales Instrument, um internationale Talente zu gewinnen und zu binden. Steuerliche Regelungen dürfen hier nicht zum Standortnachteil werden. Ebenso zentral ist ein moderner Umgang mit unternehmerischen Verlusten. Wer Risiko eingeht, darf steuerlich nicht schlechter gestellt werden als derjenige, der auf sichere Renditen setzt. Gerade bei Scale-ups, die regelmäßig neue Investoren aufnehmen, führen starre Verlustnutzungsbeschränkungen zu Unsicherheit und Fehlanreizen.



Aus finanzpolitischer Sicht folgt daraus:

- » Die Einführung eines Forschungs-Tax-Credits, der sich prozentual an F&E-Ausgaben orientiert und direkt liquiditätswirksam ist. Alternativen hierzu wären eine höhere und einfachere steuerliche Forschungszulage und die Einführung einer Patentbox (geringere Steuern auf Gewinne aus Patenten).
- » Eine Überprüfung der Verlustverrechnungsvorschriften mit dem Ziel, unbeabsichtigte Belastungen bei Kapitalerhöhungen und Gesellschafterwechseln zu vermeiden.
- » Eine weitere Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen, insbesondere durch eine Besteuerung erst zum Zeitpunkt der Liquidität.
- » Eine stärkere Ausrichtung steuerlicher Investitionsanreize auf Schlüsseltechnologien wie KI, Robotik, Netze und digitale Infrastruktur.

V. Höhere staatliche Nachfrage, weniger Bürokratie und bessere Angebotsbedingungen

Neben der Finanzierung spielt die Nachfrage eine entscheidende Rolle für die Skalierung junger Unternehmen. Der Staat ist einer der größten Auftraggeber der Volkswirtschaft, deshalb könnte öffentliche Beschaffung gerade in frühen Wachstumsphasen als Referenz, Qualitätssignal und Markteintrittshilfe wirken und privaten Investoren Planungssicherheit geben. In der Praxis scheitern innovative Anbieter jedoch häufig an komplexen Vergabeverfahren, starren Preislogiken und hohen administrativen Anforderungen sowie an der Bedingung, mindestens seit einer bestimmten Anzahl von Jahre im Markt zu sein.

Für uns als Seeheimer Kreis ist klar: Der Staat sollte weniger fördern und mehr bestellen. Strategische Beschaffung ist ein wirksames industriepolitisches Instrument, um Innovationen in den Markt zu bringen, Skalierung zu ermöglichen und Standorte zu sichern. Öffentliche Nachfrage kann insbesondere in frühen Wachstumsphasen als Anker wirken und privaten Investitionen Planungssicherheit geben.

„Der Staat sollte weniger fördern und mehr bestellen.“

Gleichzeitig braucht es einen Kulturwandel in Verwaltung und öffentlicher Beschaffung: mehr Verantwortungsbereitschaft, mehr Entscheidungsspielräume und eine höhere Akzeptanz kontrollierter Risiken. Vergaben dürfen sich nicht allein am niedrigsten Preis orientieren,



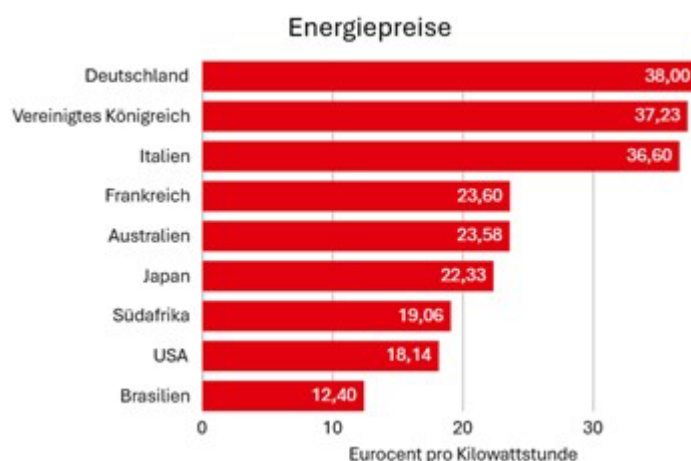


sondern müssen den gesamtgesellschaftlichen Nutzen berücksichtigen – etwa dauerhafte Effizienzgewinne im Betrieb, die Skalierbarkeit von Lösungen für den breiten Einsatz und den Aufbau industrieller Wertschöpfung in Deutschland und Europa.

Bürokratieabbau ist dabei kein Nebenschauplatz, sondern eine Frage von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Studien zeigen, dass junge Unternehmen einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit für administrative Pflichten aufwenden – Zeit, die für Innovation, Wachstum und Neueinstellungen fehlt. Verwaltungsprozesse müssen konsequent vereinfacht, digitalisiert und beschleunigt werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Entwicklung der Europäischen Digitalen Identität (EUDI), die einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung und Vereinfachung darstellt.

„Die Unternehmensgründung in 24 Stunden muss zum Standard werden.“

Wachstum und Skalierung junger Unternehmen hängen zugleich direkt an den allgemeinen Angebotsbedingungen, vor allem an leistungsfähiger Infrastruktur und wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Marode Verkehrswege, Engpässe bei Netzen und hohe Stromkosten schwächen Investitionen und gefährden Wertschöpfung im Land. Deshalb braucht es deutlich höhere öffentliche Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrs-, Digital- und Energieinfrastruktur. Außerdem müssen strukturell niedrigere Energiepreise erreicht werden – durch einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, leistungsfähige Netze und Speicher sowie einen verlässlichen Industriestrompreis, um industrielle Produktion und wachstumsstarke Unternehmen dauerhaft in Deutschland und Europa zu halten. Hierbei setzen wir auf eine stärkere Systemintegration, um Nachfrageflexibilitäten effektiver nutzen zu können (z.B. Smart Meter Rollout).



Quelle: Verivox und GlobalPetrolPrices.com

Deshalb fordern wir:



- » Durch die Verbreitung der Künstlichen Intelligenz steht unsere Gesellschaft vor gewaltigen Umbrüchen. Die Bundesregierung soll deshalb einen **Nationalen KI-Rat** einrichten. Dieser soll die Folgen der KI für Volkswirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft einschätzen und eine langfristige KI-Strategie für Deutschland entwickeln.
- » Die öffentliche Beschaffung stärker innovations- und lösungsorientiert ausgestalten und strategisch als Skalierungselement nutzen, insbesondere bei digitalen und technologischen Projekten. Qualität und Innovation sollen als Zuschlagskriterien künftig stärker, Umsatz und Projektreferenzen hingegen geringer gewichtet werden. Für junge Unternehmen in einem Alter von unter 10 Jahren sollte eine Direktvergabe von Aufträgen leichter möglich sein. Junge Unternehmen müssen den Nachweis, dass sie die Bedingungen des Bundestariftreuegesetzes einhalten, ohne erheblichen bürokratischen Aufwand erbringen können.
- » Eine klare Buy-European-Strategie entwickeln, insbesondere für Projekte in den Bereichen Verteidigung und kritische Infrastruktur, und Alternativen zu US-BigTech-Anbietern suchen (z.B. gezielter Einsatz von europäischen Softwareangeboten und verstärkte Nutzung von OpenSource-Anwendungen zur Stärkung der digitalen Souveränität).
- » Vergabeverfahren vereinfachen und stärker auf Qualität, Wirkung und langfristigen Nutzen ausrichten.
- » Bürokratische Prozesse konsequent vereinfachen, digitalisieren und standardisieren. Ziel muss es sein, Verwaltungsverfahren medienbruchfrei, nach dem „Once-only“-Prinzip und entlang der gesamten Wachstumsphase zu organisieren. Dadurch muss die Unternehmensgründung in 24 Stunden zum Standard werden.
- » Gründerschutzzonen schaffen, in denen Start-ups zeitlich befristet von Regulierungen entlastet oder befreit werden. Dies betrifft insbesondere Bürokratiehürden wie den Datenschutz. Es kann darüber hinaus steuerliche Erleichterungen und schnellere Genehmigungsverfahren beinhalten. Zudem sollen Start-ups über vereinfachte Zugangswege und niedrigschwellige Beteiligungsformate frühzeitig in Normungsgremien eingebunden werden.





- » Öffentliche Investitionen in Verkehrs-, Digital- und Energieinfrastruktur deutlich erhöhen. Wer Chip-Produktion, BioTech und industrielle KI in Deutschland aufbauen will, muss Energienetze und Recheninfrastruktur als Innovationspolitik begreifen und massiv ausbauen.
- » Wettbewerbsfähige Energiepreise durch Ausbau der Erneuerbaren Energien, intelligente Stromnetze (Smart Grid) und Speicher, Smart Meter und Netzmanagement sowie einen verlässlichen Industriestrompreis sicherstellen.
- » Die Förderlandschaft vereinfachen und vereinheitlichen. Deutschland hat heute mindestens zehn zentrale und Dutzende kleinere Förderinstrumente. Die Förderlandschaft ist für Start-ups unübersichtlich und benötigt ein Streamlining. Das beinhaltet auch die Schaffung eines zentralen, digitalen Förderportals.
- » Mehr Innovations-Hubs rund um Universitäten und andere Kompetenzcluster gründen und bestehende Hubs stärker finanziell unterstützen. Innovationshubs vernetzen Forschung, Gründungsteams und Investoren und sind entscheidend gerade für Unternehmen im Hochtechnologiebereich, bspw. in DeepTech wie KI, HealthTech, BioTech, Robotics oder QuantumTech. Hierzu muss auch vermehrt in die Forschungsinfrastruktur unserer Universitäten investiert werden.
- » Ausgründungen aus Wissenschaft und Forschung fördern und vereinfachen. Dazu wollen wir Ausgründungen und marktfähige Innovationen als wissenschaftliche Leistungen in Berufungs-, Tenure- und Evaluationsverfahren verbindlich anerkennen und für gründungsfreundliche Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle der Hochschulen sorgen. Hierfür sollen transparente Verträge mit rechtskonformen Standardklauseln entwickelt werden, die Liquidität in Start-ups schonen und die Bewertung der IP sowie den Vertragsabschluss in 12 Wochen ermöglichen. Für Spin-off-Aktivitäten sollen zeitlich begrenzte Freistellungen, verminderte Lehrverpflichtungen sowie rechtlich abgesicherte Rückkehrregelungen eingeführt werden.
- » Sprunginnovationen im Verteidigungssektor unter Einbezug der Erfahrungen mit dem Cyber Innovation Hub der Bundeswehr weiter forcieren. Zivilklauseln sind dabei in vielen Ländern noch immer ein Hindernis für Gründungen mit Verteidigungs-Bezug.





VI. Soziale Infrastruktur: Der Motor eines dynamischen Arbeitsmarktes

Der deutsche Start-up-Sektor beschäftigt heute rund 400.000 Menschen, das entspricht knapp einem Prozent aller Erwerbstätigen. Damit bleiben wir als Nation deutlich hinter unserem Potenzial zurück. Würde Deutschland beim Anteil von Start-ups und Scale-ups an der Gesamtbeschäftigung zu den führenden Innovationsökonomien aufschließen, könnten bis zu drei Millionen neue, gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Der Ausbau des Start-up-Sektors ist damit eine zentrale Chance der Arbeitsmarkt- und Industriepolitik.

Junge, stark wachsende Unternehmen stellen besondere Anforderungen an den Arbeitsmarkt. Phasen hoher Arbeitsintensität, schnelle Rollenwechsel und flexible, projektbasierte Arbeit sind typisch. Solche Arbeitsmodelle funktionieren für die Menschen, die darin arbeiten, nur dann nachhaltig, wenn es im Hintergrund eine starke soziale Infrastruktur gibt, die sie unterstützt. Entscheidend ist insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Diese scheitert heute zu oft an fehlenden Betreuungsangeboten. Dadurch entsteht zudem ein struktureller Nachteil für Gründerinnen, die in Deutschland noch immer stark unterrepräsentiert sind.

„Wir fordern den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur mit mehreren hunderttausend zusätzlichen Kita-Plätzen sowie längeren und flexibleren Öffnungszeiten.“

Gleichzeitig entscheidet die Verfügbarkeit von Qualifikation über die Skalierungsfähigkeit des Standorts. Deutschland muss stärker in Bildung, Weiterbildung und gezielte Fachkräfteeinwanderung investieren. Unternehmerisches Denken sollte frühzeitig vermittelt werden; Weiterqualifizierung muss einfacher, modularer und arbeitsbegleitend möglich sein. Für internationale Fachkräfte sind schnelle Verfahren entscheidend: Anerkennung von Abschlüssen, Visa-Prozesse und Arbeitsaufnahme müssen deutlich beschleunigt werden. Nur so kann der Arbeitsmarkt mit der Wachstumsdynamik erfolgreicher Start-ups und Scale-ups Schritt halten.

Wir Seeheimer fordern deshalb:

- » Ausbau der Betreuungsinfrastruktur mit hunderttausenden zusätzlichen Kita-Plätzen sowie längeren und flexibleren Öffnungszeiten, insbesondere in Wachstumsregionen.
- » Besseren Mutterschutz für Gründerinnen und Unternehmerinnen, damit mehr Frauen gründen können.



- » Stärkere Verankerung von Unternehmertum, Digitalisierung und ökonomischer Grundbildung in Schulen, Ausbildung und Hochschulen. Data- und AI-Literacy sollte in unseren Hochschulcurricula zentral verankert werden.
- » Ausbau lebenslanger Weiterbildung durch modulare, arbeitsbegleitende Angebote und bessere Anrechenbarkeit von Qualifikationen.
- » Beschleunigung der Fachkräfteeinwanderung durch digitale Verfahren (optional auch auf Englisch) mit nur einer einzigen Kontaktstelle für Antragsteller und schneller Anerkennung ausländischer Abschlüsse nach bundeseinheitlichen Standards. Hierbei sollte die Work-and-Stay-Agentur eine zentrale Rolle spielen.
- » Nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovationen fördern. Geschäftsmodelle, die gesellschaftliche Herausforderungen wie Pflege, Bildung, Integration, Klima, Daseinsvorsorge oder demokratische Teilhabe unternehmerisch angehen, stellen einen eigenständigen Wachstumstreiber dar, den wir unterstützen müssen.

VII. Schlussfolgerung

Deutschland hat in den vergangenen Jahren entscheidende Fortschritte beim Aufbau eines leistungsfähigen Start-up-Ökosystems erzielt. Die Rekordgründungszahlen 2025 zeigen, dass diese Politik wirkt. Die Herausforderung liegt nun darin, den nächsten Schritt zu gehen: aus erfolgreichen Start-ups nachhaltige, international wettbewerbsfähige Unternehmen zu machen, die in Deutschland wachsen, Arbeitsplätze schaffen und Wertschöpfung generieren.

Für uns als Seeheimer Kreis gilt daher: Es reicht nicht, Gründungen zu ermöglichen.

Entscheidend ist, dass Skalierung gelingt. Eine pragmatische Finanz- und Wirtschaftspolitik muss deshalb Wachstumskapital mobilisieren, steuerliche Anreize gezielt einsetzen und staatliche Hebel strategisch nutzen. Nur so sichern wir technologische Souveränität, industrielle Stärke und die finanzielle Basis unseres Sozialstaats im 21. Jahrhundert.





SEEHEIMER KREIS
in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035
Fax: 030 227-70043
E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis
Twitter: @seeheimer
Instagram: seeheimerkreis